

STADLER VOR ORT

30. Oktober 2026

FÜR EINE GESUNDE ERNÄHRUNG



Zu einem Austausch mit der Verbraucherzentrale Niedersachsen kam Svenja Stadler jetzt in die Lüneburger Beratungsstelle. Dort traf sie auf Petra Kristandt, Geschäftsführerin der VZ Niedersachsen, Dr. Janina Willers, bundesweite Koordinatorin für das Projekt "Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher auf dem Gebiet der Ernährung", das vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat gefördert wird, sowie Sandy Kanzenbach, Projektmitarbeiterin am Standort Stade. Ziel des Projektes ist die Verbesserung der Konsum- und Ernährungskompetenz der Bevölkerung im Hinblick auf eine gesunde und ausgewogene Ernährung. Nicht zuletzt als Berichterstatterin in der SPD-Bundestagsfraktion für die Themen Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz unterstützt Svenja Stadler die Zielsetzung ausdrücklich. In diesem Jahr stand den 16 Verbraucherzentralen in Deutschland eine Fördersumme von drei Millionen Euro zur Verfügung. Im Gespräch mit der Abgeordneten warb man für die Beibehaltung der Summe, um die Arbeit sinnvoll fortsetzen zu können.

BRANCHE SIEHT PLASTIKSTEUER ALS EXISTENZBEDROHEND AN

Nach dem Bekanntwerden der Pläne der Bundesregierung für eine Verbrauchssteuer auf Kunststoffverpackungen ab 2027, der sogenannten Plastiksteuer, regt sich vor allem aus der Branche der betroffenen Unternehmen Kritik und Widerstand. Svenja Stadler besuchte daraufhin die RPC Verpackungen Kutenholz GmbH (eine Tochter von Amcor) und bekam von Geschäftsführer Andreas Köhnen und Produktentwickler Bernd Schröder Einblicke in die Arbeitsabläufe. Das Unternehmen war aktiv auf die Abgeordnete zugekommen. Begleitet wurde Svenja Stadler bei dem Termin von Uwe Lütjen, SPD-Fraktionschef im Samtgemeinderat Fredenbeck. "Es war ein gutes und offenes Gespräch mit der Unternehmensspitze", so Stadler. "Ich kann nachvollziehen, dass eine Plastiksteuer erhebliche Auswirkungen auf die Branche hätte."



GESUNDHEITSPOLITISCHER DISSENS

Bei einem von Svenja Stadler initiierten digitalen Austausch von Dr. Christos Pantazis, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, mit Vertreterinnen und Vertretern aus Medizin, Psychotherapie und Pflege aus dem Wahlkreis nahmen die Betroffenen im Hinblick auf die befürchteten Auswirkungen der aktuellen Gesundheitspolitik kein Blatt vor den Mund. Tenor: Man habe durchaus Verständnis, dass eingespart werden müsse, jedoch gingen die Maßnahmen an der Versorgungsrealität vorbei. Und: die rein fiskalische Perspektive klammere die Situation der Leistungserbringer sowie der Patienten aus. Pantazis verteidigte die Notwendigkeit der Einsparungen, versprach aber, die kritischen Hinweise mit in die weiteren parlamentarischen Verhandlungen zu nehmen.

KURZ VOR AMTSANTRITT: AUF EINEN KAFFEE MIT KAI KOESER



Am 1. November tritt Kai Koeser (SPD) das Amt des Bürgermeisters der Stadt Stade an. Im September hatte er, nicht nur zur Freude Svenja Stadlers, die Stichwahl für sich entscheiden können. Svenja Stadler nutzte die Möglichkeit, ihm kurz vor Amtantritt bei einem Kaffee in Stade persönlich alles Gute und viel Erfolg zu wünschen. "Ich bin überzeugt davon, dass Kai einen guten Job machen wird!"

BUNDESPROGRAMM "SANIERUNG KOMMUNALER SPORTSTÄTTEN"



Eine baulich gut ausgestattete, moderne, nachhaltige und barrierefreie Sportinfrastruktur ist das A und O für den Vereins- und Breitensport und damit die Basis für Erfolge auf höheren Ebenen. Das Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" unterstützt die Kommunen beim Abbau von Missständen. Bis zum 1. Februar 2027 haben Städte und Gemeinden sowie Landkreise, wenn sie Eigentümer der Einrichtung sind, die Möglichkeit, Projektskizzen für geeignete Sportstätten digital beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) einzureichen.

In dieser neuen Förderrunde stehen Mittel in Höhe von 333 Millionen Euro zur Verfügung, finanziert aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität. Pro Projekt liegt die maximale Zuschusshöhe des Bundes bei 45 Prozent, bei nachgewiesener Haushaltsnotlage der Kommune bei 75 Prozent. Die Fördersumme des Bundes soll dabei 250.000 Euro nicht überschreiten und 8 Millionen Euro nicht überschreiten. Projekte, die in den vorangegangenen Förderrunden nicht bezuschusst wurden, können erneut eingereicht werden.

Fragen zum Projektaufruf können direkt über die Telefon-Hotline des BBSR unter (030) 257679-450 gestellt werden. Schriftliche Anfragen können unter Angabe des Betreffs „Projektaufruf 2026“ an sks2026@pd-g.de gerichtet werden.

Der Link zum Projektaufruf:

<https://www.bbsr.bund.de/sks2026>